

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 40. Ratssitzung vom 6. März 2019

971. 2018/373 Weisung vom 26.09.2018: Städtische Gesundheitsdienste, Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH), Beiträge 2019–2022

Antrag des Stadtrats

Dem Verein Zürcher Aidshilfe wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Beitrag von maximal Fr. 391 600.– gewährt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Marcel Bührig (Grüne): Der Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH) wurde im Jahr 1985 gegründet und wird seit dem Jahr 1987 von der Stadt jährlich mit finanziellen Beiträgen unterstützt. Momentan wird der Verein mit 356 000 Franken unterstützt. Mit der Weisung beantragt der Stadtrat eine Erhöhung auf 391 600 Franken. Aufgrund einer Namensänderung in den letzten Monaten heisst der Verein heute Fachstelle für sexuelle Gesundheit Zürich (SeGZ). Er bezweckt die Aufklärung und Beratung im Bereich sexuell übertragbarer Krankheiten. Aufgrund ihrer Grösse, der Gesellschaft und ihres Nachtlebens ist die Stadt ein Anziehungspunkt für viele Menschen aus der gesamten Schweiz. Deshalb nimmt sie eine spezielle Aufgabe in diesem Bereich wahr, auch weil wir eine Heimat für viele Menschen der Risikogruppen bieten. Im Jahr 2016 kam es unter der alten Führung des Vereins zu Problemen mit dem Reporting und Controlling der von der Stadt in Auftrag gegebenen Tätigkeiten. Darum beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat eine Senkung der Beiträge. Der Gemeinderat lehnte das damals ab, erteilte aber den Auftrag, neue Leistungsvereinbarungen bis Ende des Jahres 2018 abzuschliessen und das Controlling und Reporting so zu klären, dass zukünftig kontrolliert nachgewiesen werden kann, was die Stadt einkauft. Bis Ende des Jahres 2018 wurden die Leistungsvereinbarungen mit der SeGZ getroffen. Die Leistungen, die sich die Stadt bei SeGZ einkauft, umfassen Präventionsbemühungen in drei Interventionsachsen. Die erste Interventionsachse umfasst als Zielgruppe die Gesamtbevölkerung. Die zweite Achse umfasst Menschen, die sich in den spezifischen Risikogruppen befinden. Das sind männliche Sexarbeitende oder Migrantinnen und Migranten. Die dritte Achse richtet sich an Personen mit sexuell übertragbaren Krankheiten und deren Partnerinnen und Partner. Die Zürcher Aids-Hilfe ist seit dem Jahr 1985 aktiv. Dank der guten Präventionsarbeit mit allen Partnerorganisationen, mit beteiligten Organisationen und den staatlichen Strukturen konnte die Anzahl der HIV-Neuinfektionen in der Schweiz auf einem stabil tiefen Niveau gehalten werden. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch, dass die Anzahl der Neuinfektionen bei männlichen Sexarbeitenden und bei Migrantinnen und Migranten leicht ansteigt. Ausserdem zeigte sich, dass bei anderen sexuell übertragbaren Krankheiten die Präventionsarbeit noch nicht genügend funktioniert, um den Anstieg zu bekämpfen. Daher beantragt der Stadtrat die Erhöhung der jährlichen Beiträge auf 391 600 Franken. Dies soll-

te vor allem der Interventionsachse 2 zugutekommen, den spezifischen Risikogruppen. Zürich ist eine der wenigen Städte der Schweiz mit einer aktiven Szene der «male sex workers». Sie müssen gezielt angegangen und mit der Prävention besser erreicht werden. Es ergeben sich gewisse Probleme, beispielsweise die hohe Mobilität dieser Menschen. Darum muss es möglich sein, diese Menschen über moderne und zeitgemässe Kanäle anzusprechen. Bei der zweiten Risikogruppe, den Migrantinnen und Migranten, muss die Stadt Zürich als multikulturelle Grossstadt damit umgehen können, dass auch bei ihnen die Prävention ankommt. Ebenfalls vereinbarte der Stadtrat mit der SeGZ ein Reporting und Controlling, wie es damals im Dispositivantrag des Gemeinderats gewünscht wurde. Die Mehrheit der Kommission beantragt, der Weisung unverändert zuzustimmen. Der Änderungsantrag der SVP wird von allen anderen Parteien abgelehnt, da sie die Mittel auf die bisherigen Beiträge kürzen will. Die zusätzliche Arbeit ist äusserst wichtig, um die Verbreitung von sexuell übertragbaren Krankheiten weiterhin zu bekämpfen. Die letzten Jahre zeigten, dass die Präventionsarbeit in der Schweiz und in Zürich gut funktioniert. Sie zeigten aber auch, dass mehr Arbeit und damit mehr finanzielle Mittel investiert werden müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass mit dem Geld durch die Präventionsarbeit verhindert wird, dass später Gesundheitskosten anfallen.

Kommissionsminderheit:

Susanne Brunner (SVP): Die SVP beantragt, dass dem Verein Zürcher Aids-Hilfe Beiträge in gleicher Höhe wie in den Jahren 2017 und 2018 zugesprochen werden: jährlich maximal 356 000 Franken. Es ist sehr erstaunlich, dass die SVP mit diesem Begehren alleine ist. Es gibt gute Gründe für diese Haltung. Die Zürcher Aids-Hilfe wurde ursprünglich gegründet, weil mit dem HI-Virus eine neue, gefährliche Krankheit auftrat. Aids führte vor Jahren fast immer zum Tod. Darum hatten teure, grossangelegte Informationskampagnen und Präventionsmassnahmen, die sich einerseits an die gesamte Bevölkerung, aber auch an die spezifischen Risikogruppen, richteten, ihre Berechtigung. In den vergangenen Jahren leisteten die Behörden viel und gute Arbeit – mit Präventionskampagnen, mit einer grossen Anzahl von Tests und mit Therapien, die früh nach der Diagnose einsetzten. Die Arbeit der Behörden zeigt jetzt einen grossen Erfolg. Die Anzahl der Neuinfektionen mit dem HI-Virus in der Schweiz ist seit Jahren rückläufig – nicht stabil. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) vermeldet für das Jahr 2017 einen historischen Tiefstand von HIV-Diagnosen. Inzwischen ist eine Infektion mit dem HI-Virus kein Todesurteil mehr. Bei so vielen guten Nachrichten – bei einer abnehmenden Gefahr – müssten das Abwehrdispositiv und die Abwehrmassnahmen der Grösse der Gefahr angepasst werden. Das heisst, rückläufige Ressourcen und Mittel, die eingesetzt werden sollen, um eine kleiner werdende Gefahr zu bekämpfen. Die Gefahr nimmt ab, aber in Zürich wird der Mitteleinsatz erhöht. Der gesamte Aufwand der Zürcher Aids-Hilfe in den Jahren 2014 bis 2017 lag jeweils bei 2 bis 2,3 Millionen Franken. Für die Jahre 2019 bis 2022 sind nun jeweils 1,9 Millionen Franken budgetiert. Der Mitteleinsatz wird nach unten angepasst, wenn die Gefahr abnimmt. Die Zürcher Aids-Hilfe hat verschiedene Geldgeber: den Bund, den Kanton und andere Gemeinden sowie Beiträge von Dritten, Privaten und Finanzierung aus Erträgen aus eigenen Dienstleistungen und Aktionen. Die Beiträge des Kantons und die Erträge aus eigenen Aktionen und Dienstleistungen sind in der neuen Periode tiefer. Dass die Beiträge der Stadt erhöht werden, kann ich mir nur so erklären:

Die bürgerliche Kantonsregierung überprüfte mit der «Leistungsüberprüfung 16» (Lü 16) ihre Ausgaben genau, während die linke Regierung nicht um ihre Ausgaben besorgt ist. Unabhängig von der Ergiebigkeit kann mehr Geld ausgegeben werden. Dieses «monetäre Züri-Finish» bedeutet, dass Geld für alles ausgegeben werden kann, was in das entsprechende Weltbild passt. Dafür nahm die Zürcher Aids-Hilfe eine geschickte Verwandlung vor: Seit dem 1. Januar 2019 heisst sie Fachstelle für sexuelle Gesundheit Zürich. Mit dieser Namensänderung erklärt sich die Zürcher Aids-Hilfe für alle sexuell übertragbaren Krankheiten zuständig. Hierbei handelt es sich um einen altbewährten Trick von Verwaltungseinheiten und Behörden. Der ursprüngliche Auftrag geht verlustig, weil die Aufgabe erledigt oder das Problem kleiner wurde und man schanzte sich neue Aufgaben zu, damit alimentierten Strukturen unverändert aufrechterhalten werden können. Es ist also weder abwegig noch aus der Luft gegriffen, die städtischen Beiträge zu kürzen. Das verlangt die SVP aber nicht. Wir erachten Aids unverändert als gefährliche, unsichtbare Krankheit. Die Weiterverbreitung soll weiterhin mit angemessener Prävention verhindert werden. Unser Änderungsantrag verlangt darum lediglich die Kontinuität der Beiträge der Stadt. Die Entwicklung der Neuinfektionen mit dem HI-Virus muss auch in den nächsten vier Jahren beobachtet werden, auch wenn eine abnehmende Tendenz besteht. Wer unserem Antrag nicht zustimmt, stützt die Stadt und die Zürcher Aids-Hilfe in der Anwendung des altbewährten Tricks der Strukturhaltung. Unser Antrag spricht sich gegen das Wachstum von Behördeneinheiten und behäbige Strukturen aus. Wir laden alle Fraktionen ein, unseren massvollen Änderungsantrag zu unterstützen, mit dem dem unnötigen und fahrlässigen «Züri-Finish» Einhalt geboten wird.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Es handelt sich hier um die Fortsetzung der Weisung, die wir im Jahr 2017 hier debattierten. Mein Rezeptvorschlag für das Überbrücken der Differenzen zwischen der Stadt und der Zürcher Aids-Hilfe war, dass sie sich zusammensetzen sollen, um das Vertrauen erneut aufbauen zu können. Nach zwei Jahren ist das nun gelungen. Die Zürcher Aids-Hilfe, die SeGZ, konnte deutlich zeigen, wie sie ihre Mittel einsetzt und sorgt damit für eine Transparenz, die bis anhin nicht vorhanden war. Die Stadt stellte fest, dass die Aufgabe der Fachstelle sinnvoll ist, dass HIV und sexuell übertragbare Krankheiten immer noch ein Problem darstellen und dass darum eine Ausweitung des Auswirkungsradius sinnhaft ist. Die AL befürwortet den Betrag und die Erhöhung der Stadt. Gewisse Tatsachen wurden im Votum von Susanne Brunner (SVP) ausgelassen. Zurecht sagt sie, dass die Anzahl der HIV-Infektionen seit Jahren rückläufig ist. Dass dies aber bei der Risikogruppe 2 – Männer, die Männer lieben, männliche Sexarbeitende, Transmenschen, Migrantinnen und Migranten – nicht der Fall ist, lässt sie aus. Diese Statistik gilt nicht nur für HIV-Infektionen, sondern für alle sexuell übertragbaren Krankheiten. Dass die Massnahmen nun abgebaut werden können, weil sie funktionierten, ist genauso sinnvoll, wie wenn man Strassenschilder abbauen will, weil dank ihnen die Anzahl der Unfälle abnahm. Prävention und Diagnostik bleiben unverändert sinnvoll. Wir sollten die Kosten einer HIV-Therapie oder einer Hepatitis-C-Behandlung gegenüber den diagnostischen Kosten von hundert Franken stellen. Ich bitte um das Vertrauen in die Sexualmediziner und Sexualtherapeuten, die die Empfehlungen von Bern aus aussprechen. Die Aids-Hilfe änderte ihren Fokus nicht, sie kümmerte sich*

schon immer auch um verschiedene sexuell übertragbaren Krankheiten. Laut den Experten ist es sinnvoll, wenn das zusammen betrachtet wird. Wenn kein Geld in die vorhandene Infrastruktur investiert wird, müssen wir später über die Krankenkassengelder noch viel mehr Geld ausgeben.

Barbara Wiesmann (SP): *Zürich setzte sich das Ziel, dass es im Jahr 2030 zu keinen Aids-Neuansteckungen mehr kommt. Jede Neuansteckung bedeutet ein grosses Leid für die Betroffenen. Zum Glück handelt es sich nicht mehr um ein Todesurteil, jedoch um eine grosse Einschränkung der Lebensqualität. Leider kommt es im Bereich MSM (Männer, die Sex mit Männern haben) und Migration wieder zu mehr Neuinfektionen. Damit dem entgegengetreten werden kann, unterstützen wir die beantragte Erhöhung und die gesamte Weisung. Die zusätzlichen Tests und die Präventionsarbeit im Bereich MSM und Migration sind wichtige Massnahmen, um Ansteckungen zu verhindern. Um die gefährdeten Menschen zu erreichen, werden neue Massnahmen getroffen. Beispielsweise wird ein Peer-to-Peer-Projekt aufgebaut und ehemalige und aktive Escorts werden geschult, damit sie ihr Wissen an aktive Sexarbeitende weitergeben können. Das zeigt auf, dass die Aids-Hilfe innovativ ist und die beantragten Beiträge gut einsetzt. Die Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe und das Reporting verbesserte sich – die Leistungen werden heute transparent ausgewiesen. Die Aids-Hilfe leistet auch gute und wichtige Arbeit für das Eindämmen von anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Die Arbeit hilft nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Bevölkerung, weil die Ansteckung eine Gefahr für alle bedeutet.*

Corina Ursprung (FDP): *Auch wir unterstützen die vorgelegte Weisung. Aufgrund eines gewissen veränderten Risikoverhaltens und weil mehr Menschen aus dem Osten kommen, die die Prävention nicht erreicht, halten wir es ebenfalls für wichtig, dass mehr Test durchgeführt und mehr Diagnosen gefunden werden. In drei Jahren werden wir wieder überprüfen können, ob die Gelder immer noch in diesem Umfang notwendig sein werden.*

Guy Krayenbühl (GLP): *Die neue Leistungsvereinbarung zwischen der Fachstelle und der Stadt sieht vor, dass die Kosten grundsätzlich von der Krankenkasse erbracht oder selbst bezahlt werden sollen. Das halte ich für wichtig. Genauso, dass jederzeit mit gegenseitigem Einverständnis Änderungen vorgenommen werden können. Wenn der Stadtrat also feststellt, dass sich etwas nicht mehr lohnt, kann das in Zusammenarbeit angepasst werden. Die GLP begrüsst die getroffene Leistungsvereinbarung: 35 Prozent für Massnahmen im Bereich der Interventionsachse 1 und 65 Prozent auf der Interventionsachse 2. Die SeGZ zeigte der Kommission nachvollziehbar auf, warum sie der Meinung ist, dass auf der Interventionsachse 2 mehr getätigt werden muss. Zürich ist ein Dorf, in das alle Menschen gerne kommen. Auch die Menschen auf der Interventionsachse 2, die erwiesenermassen einem grösseren Risiko einer Ansteckung ausgeliefert sind, sind hier. Darum unterstützen wir die vom Stadtrat vorgelegte Weisung und lehnen den Änderungsantrag der SVP ab.*

Marcel Bührig (Grüne): *Anstatt sich mit der Weisung inhaltlich ernsthaft auseinander zu setzen und zu überprüfen, was mit den zusätzlichen Mitteln erreicht werden will, behaupten*

tet die SVP, dass die Zürcher Aids-Hilfe ihren Namen aus taktischen Gründen änderte, um sich so mehr Aufgaben und somit mehr Gelder zu sichern. Dabei wird ignoriert, dass die Aufträge auch im Bereich der anderen sexuell übertragbaren Infektionen nicht neu sind, sondern seit Langem bestehen. Es wäre sinnlos, einen Verein oder eine Stiftung mit dem Ziel zu gründen oder zu stützen, eine einzige Krankheit oder einen einzigen Virus zu bekämpfen. Andere Viren stellen genauso ein Problem dar und hängen sehr stark damit zusammen. Zudem sind auch die gleichen Risikogruppen betroffen. SeGZ nimmt eine ganzheitliche Ansicht für alle sexuell übertragbaren Infektionen auf den drei Interventionsachsen ein. Den Betrag jetzt auszubauen, um die bisher vielleicht ein wenig vernachlässigte Interventionsachse 2 wieder verstärkt in den Fokus zu rücken, ist darum richtig. Die Zahlen befinden sich insgesamt auf einem stabil tiefen Niveau, aber für die Risikogruppen steigen sie an. Den verschiedenen Krankheitsbildern muss die Prävention gerecht werden, weshalb der erhöhte Beitrag von 391 600 Franken gerechtfertigt ist.

Ernst Danner (EVP): Die EVP stimmt dem Antrag der Mehrheit zu. Überzeugt wurden wir vor allem von der Statistik bezüglich der Zunahmen der Hauptgeschlechtskrankheiten, vor allem Chlamydien, Tripper und Syphilis. HIV ist einigermaßen im Griff, was aber dringend nötig ist, weil es sich nach wie vor um die Geschlechtskrankheit mit den stärksten Auswirkungen handelt. In der Weisung wird die Hauptrisikogruppe mit den Migranten aus dem Osten und männlichen Sexarbeitern beschrieben. Ausgelassen werden dabei aber die Konsumenten dieser Dienstleistungen. Das sind wahrscheinlich gutverdienende Schweizer. Weder von den Kunden noch davon, dass ein Sexualverhalten, das frei von Impulskontrolle ist, krankmachend sein kann, ist die Rede. Wir sind eine Partei, die Wert darauf legt, dass nicht alles erlaubt sein sollte. Paulus sagte schon, alles ist erlaubt, aber nicht alles ist heilsam. In unserer liberalen Gesellschaft trifft genau das zu. Nachdem die Zürcher Aids-Hilfe gegründet wurde, komponierte Polo Hofer den Slogan «Im Minimum en Gummi drum». Das ist nach wie vor die effizienteste Methode, um die Krankheiten weitgehend zu vermeiden. Leider wird dem nicht immer gefolgt, weshalb wir leider dem höheren Kredit zustimmen müssen.

Marcel Müller (FDP): «Im Minimum en Gummi drum» und das schützt dann gegen alle diese Krankheiten. Dem ist leider bei Weitem nicht so. Syphilis war in Europa während einiger Zeit ausgerottet, jetzt ist sie zurück. «En Gummi drum» nützt leider nichts, man steckt sich auch anders an. Auch andere Geschlechtskrankheiten wie Chlamydien oder Gonorrhö können trotz eines Kondoms übertragen werden. Natürlich ist das von der Sexualpraktik abhängig; für Oralverkehr brauchen die wenigsten Menschen ein Kondom, was zu einer Ansteckung führen kann. Gegen HIV ist eine Präventionstherapie durch die Einnahme einer Tablette heute genauso wirksam, wie die Verwendung eines Kondoms. Es wurde argumentiert, dass das Niveau der HIV-Ansteckungen plafoniert wurde. Das ist aber nicht als Erreichen des Ziels zu betrachten: HIV muss ausgerottet werden. Wenn sich heute jemand im Alter von zwanzig Jahren mit HIV ansteckt und achtzig Jahre alt wird, betragen die Medikamenten-Kosten 800 000 Franken. Dazu kommen jährliche Kontrollen und oft auch eine psychologische Betreuung. Jede Infektion, die verhindert werden kann, ist auch eine Einsparung von Gesundheitskosten. Auch darum sind die Prävention und das Testen so wichtig.

6 / 7

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wir sind uns einig, dass in den letzten Jahren für die Prävention von HIV-Ansteckungen sehr viel Gutes geleistet wurde. Die HIV-Ansteckungen sind insgesamt rückläufig, aber nicht überall. Bei gewissen Gruppen besteht sogar einer Zunahme. Es kann bis zu einer Million Franken kosten, wenn eine Ansteckung in jungen Jahren geschieht. Wenn wir nur schon eine Ansteckung verhindern können, wird der eingesetzte Betrag eingespart. Die Prävention der Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten ist eine sehr wichtige Aufgabe auf nationaler und städtischer Ebene. Der zusätzlich beantragte Betrag soll für die Gruppierungen einsetzen werden, bei denen wir wissen, dass die Ansteckungen wieder zunehmen. Das beinhaltet Gratistests, Beratung und auch Aufklärung. Das Ziel ist es, HIV-Ansteckungen vollständig zu verhindern.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Dem Verein Zürcher Aidshilfe wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Beitrag von maximal ~~Fr. 391 600.–~~ Fr. 356 000.– gewährt.

Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Präsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Vizepräsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Helen Glaser (SP), Corina Gredig (GLP), Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP), Marcel Müller (FDP) i. V. von Corina Ursprung (FDP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Präsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Vizepräsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Helen Glaser (SP), Corina Gredig (GLP), Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP), Marcel Müller (FDP) i. V. von Corina Ursprung (FDP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

7 / 7

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Verein Zürcher Aidshilfe wird für die Jahre 2019–2022 ein jährlicher, leistungsabhängiger Beitrag von maximal Fr. 391 600.– gewährt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. März 2019 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Mai 2019)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat